

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2021**

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018 - 2021, der vor der Erarbeitung des Produktgruppen-Budgets (PGB) 2018 erstellt worden ist und damit als Grundlage für den nachfolgenden Budgetprozess dient. Der IAFP setzt sich zusammen aus der mittelfristigen Budgetplanung nach Produktgruppen und Sacharten, welche die Entwicklung der Erfolgsrechnung aufzeigen, sowie der Investitionsplanung.

Budget- und Investitionsplanungen

Der IAFP 2018 - 2021 zeigt für das erste Planjahr eine ausgeglichene Ausgangslage. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Situation im Planjahr 2019 spürbar verbessert. Es resultiert noch ein Fehlbetrag von 4,61 Mio. Franken gegenüber 27,86 Mio. Franken im letztjährigen IAFP. Ab 2020 zeichnen sich aber grössere Aufwandüberschüsse ab. Diese liegen 2020 bei 20,10 Mio. und 2021 bei 28,00 Mio. Franken.

Die verbesserte finanzielle Ausgangslage ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Stadt ein konstantes Wachstum bei den Steuereinnahmen ausweist und auch in Zukunft mit wachsenden Steuererträgen gerechnet werden kann. Hier profitiert die Stadt von der städtischen Wohnbaupolitik und damit von der stetigen Bevölkerungszunahme sowie vom stabilen Wirtschaftswachstum. Zudem führt die Überarbeitung des Raumkostenmodells von Immobilien Stadt Bern im Jahr 2019 zu einer spürbaren Entlastung bei den Raumkosten, welche nun kontinuierlicher und weniger sprunghaft als bisher ansteigen werden. Weiter ist das Kostenbewusstsein in der Stadtverwaltung hoch, die Sparpakete der letzten Jahre werden konsequent umgesetzt (hohe Umsetzungsquote) und neue Aufgaben eher zurückhaltend budgetiert.

Ab 2020 ist jedoch eine starke, jährlich zunehmende Verschlechterung des Ergebnisses zu erwarten. Erhebliche zusätzliche Belastungen aus neuen Abschreibungen kommen aufgrund der geplanten, regen Investitionstätigkeit auf den Haushalt der Stadt zu. Einerseits beabsichtigt der Gemeinderat eine kontinuierliche, über 25 Jahre dauernde Reduktion des Sanierungsbedarfs im Verwaltungsvermögen Hochbau und andererseits bestehen zahlreiche Bestellungen für neue Infrastrukturvorhaben, welche hohe Investitionsfolgekosten verursachen werden. Zudem sind neue gesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Der Gemeinderat ist stark gefordert, die begrenzten Mittel strategiekonform und ausgewogen auf die einzelnen Investitionsbereiche zu verteilen. Um ein unkontrolliertes Ansteigen der Verschuldung zu vermeiden, ist dem Wachstum der Konsumausgaben grosse Beachtung zu schenken.

Die Motion Beat Gubser (EDU): Moderate Steuersenkung nach Eigenkapitalbildung vom 15. Dezember 2011 verlangt spätestens zwei Jahre nach einer Eigenkapitalbildung von 100 Mio. Franken eine moderate Steuersenkung. Die Motion wurde mit SRB 2012-617 vom Stadtrat am 6. Dezember 2012 erheblich erklärt. Am 18. August 2016 verlängerte der Stadtrat mit SRB 2016-381 erneut die Frist zur Umsetzung der Motion bis zur Behandlung des IAFP 2018 - 2021 im Stadtrat (Mai/Juni 2017). Die mit der Motion beschlossene Übergangsfrist von zwei Jahren ist zwar erreicht. Angesichts der prognostizierten Defizite ab Planjahr 2019, insbesondere ausgelöst durch den hohen Investitionsbedarf im Bereich Hochbau des Verwaltungsvermögens, kann die Motion nicht umgesetzt werden, ohne die Haushaltstabilität zu gefährden.

In den Jahren 2019 bis 2021 sind die Nettoerlöse des Sauberkeitsrappens mit 3,3 Mio. Franken enthalten. Die politische Diskussion zu dessen Einführung steht noch aus.

Das Ergebnis des IAFP 2018 - 2021 präsentiert sich unter dem Strich wie folgt:

IAFP 2018 - 2021	2018	2019	2020	2021
Ertragsüberschuss (+) oder				
Aufwandüberschuss (-)	0	-4'609'243	-20'069'185	-28'001'199

Der Gemeinderat wird auf Basis der Planwerte 2018 ein ausgeglichenes PGB 2018 erarbeiten. Für den Gemeinderat bildet ein ausgeglichenes PGB das Fundament zur Fortsetzung der erfolgreichen und nachhaltigen Finanzpolitik der letzten Jahre.

Die Zielsetzung des Gemeinderats und des Stadtrats, einen Bilanzüberschuss im Umfang von 4 bis 5 Steuerzehnteln (90 - 120 Mio. Franken) zu bilden, konnte mittlerweile erreicht werden. Der Bilanzüberschuss beträgt per 31. Dezember 2016 104,3 Mio. Franken. Zudem konnten in den Jahren 2014 bis 2016 aus den Ertragsüberschüssen Spezialfinanzierungen zur Vorfinanzierung zukünftiger Kosten (Primatwechsel Personalvorsorgekasse der Stadt Bern [PVK], Eis und Wasser sowie Schulbauten) im Umfang von 137,0 Mio. Franken gebildet werden.

Trotz des geplanten Leistungsausbaus kann dank restriktiver Kostenvorgaben und einem weiteren Wachstum der Steuereinnahmen 2018 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Der Leistungsausbau führt zu Mehrausgaben im Umfang von jährlich 10,9 bis 15,0 Mio. Franken und ist teilweise bereits durch die Stimmberechtigten oder den Stadtrat bestellt. Die Abwicklung des Primatwechsels der PVK ist ab dem Jahr 2019 mit einer jährlichen Kostenreduktion von 2,3 Mio. Franken abgebildet. Im Jahr 2019 ist die einmalige Verbuchung der Forderung der PVK für die aus dem Primatwechsel resultierende Übergangseinlage von 40,5 Mio. Franken und damit verbunden eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung zur Vorfinanzierung von ausserordentlichen Forderungen der PVK in gleicher Höhe enthalten.

Im Jahr 2018 ist die Schaffung von insgesamt 20,65 neuen Stellen eingerechnet. Dieser Leistungsausbau ist detailliert nachgewiesen. Ein Grossteil der Stellen ist durch neue gesetzliche Vorgaben sowie durch Bevölkerung und Stadtrat bestellte neue Aufgaben begründet. Der Gemeinderat hat die Anträge für neue Stellen einzeln geprüft. Der im IAFP enthaltene Leistungsausbau entspricht einem erheblichen Wachstum. Während die Bevölkerungszahl von 2017 auf 2018 um 0,6 % zunimmt, erhöht sich die Anzahl Mitarbeitende (ohne Lernende) im Allgemeinen Haushalt um 1,9 %. Bis auf 1,8 Arbeitseinheiten, die sich durch die Zunahme der Asylgesuche ergeben, ist keine der zusätzlichen Stellen lastenausgleichsberechtigt oder drittfianziert.

Der Bericht zur Mittelfristigen Investitionsplanung 2018 - 2021 zeigt die detaillierte Investitionsplanung auf. Werden sämtliche geplanten Investitionen realisiert, resultiert eine massive Zusatzverschuldung, weil die Investitionen nur teilweise durch selbst erarbeitete Mittel finanziert werden können. Allein im Planungszeitraum 2017 - 2021 sind pro Jahr Finanzierungslücken von jährlich 40 - 80 Mio. Franken oder insgesamt rund 360 Mio. Franken zu erwarten. Deshalb müssen auch die Investitionen kontinuierlich auf ein mögliches Sparpotenzial (Priorisierungen etc.) hinterfragt werden.

Der Gemeinderat hat die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik beauftragt, ihm im vierten Quartal 2018 einen Vorgehensvorschlag für die Erarbeitung eines Haushaltsentlastungspakets vorzulegen, sofern sich im IAFP 2019 - 2022 ab dem Jahr 2020 entsprechende Defizite abzeichnen sollten.

Die Ergebnisse der Sonderrechnungen werden separat ausgewiesen. Die zweiseitig gebührenfinanzierten Sonderrechnungen (Stadtentwässerung und Entsorgung + Recycling) weisen die Ergebnisse des Rechnungsjahrs als Aufwand- oder Ertragsüberschuss aus und übertragen dieses erst mit der Ergebnisverwendung auf die Spezialfinanzierung Rechnungsausgleich. Die Sonderrechnungen Tierpark und Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik werden vor Ergebnisverwendung über die Spezialfinanzierungen ausgeglichen.

IAFP 2018 - 2021	2018	2019	2020	2021
Tierpark	0	0	0	0
Stadtentwässerung	608'938	608'938	608'938	535'101
Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik	0	0	0	0
Entsorgung + Recycling	200'158	-773'335	-649'556	-1'070'489
Ertragsüberschuss (+) oder Aufwandüberschuss (-)	809'096	-164'397	-40'618	-535'388

Planungserklärungen des Stadtrats

Zu den Planungserklärungen des Stadtrats wird im Vorbericht zum IAFP 2018 - 2021, Ziffern 4.4 bis 4.6, im Detail Stellung genommen.

Antrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2021.

Bern, 15. März 2017

Der Gemeinderat

Beilage:

- Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2018 – 2021